
Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Drucksache 19/2553

Gesetz zur Reform des Berliner Polizei- und Ordnungsrechts und zur Änderung des Gesetzes zu Artikel 29 der Verfassung von Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag (Drucksache 19/2553) wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. § 12 wird wie folgt geändert:

Der Absatz 3 wird gestrichen.

2. § 18 wird wie folgt geändert:

Nach Absatz 8 wird ein neuer Absatz 9 angefügt:

„(9) Zur vorbeugenden Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität (Gefahrenabwehr) kann die Polizei im öffentlichen Verkehrsraum angetroffene Personen kurzzeitig anhalten, befragen und verlangen, dass mitgeführte Ausweispapiere zur Prüfung ausgehändigt werden, sowie mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen. Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn aufgrund von Lageerkenntnissen anzunehmen ist, dass Straftaten von erheblicher Bedeutung (§ 17 Abs. 3) begangen werden sollen. Ort, Zeit und Umfang der Maßnahme dürfen nur durch die Polizeipräsidentin oder den Polizeipräsidenten oder die Vertretung im Amt angeordnet werden. Die Anordnung ist

auf höchstens 14 Tage zu befristen. Eine erneute Anordnung ist zulässig, sofern die Voraussetzungen für die Maßnahme weiterhin vorliegen.“

3. § 33 wird wie folgt geändert:

Der Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt geändert:

„Sie darf jeweils nicht mehr als 30 Tage betragen.“

Begründung:

Neben der Strafverfolgung hat die Polizei auch die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Die rechtlichen Grundlagen für diese Gefahrenabwehr ergeben sich aus dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Berlin (ASOG). Dieses Gesetz regelt, unter welchen Voraussetzungen die Behörden Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren ergreifen und vollstrecken dürfen.

Während der Gesetzentwurf von CDU und SPD zwar sinnvolle Ansätze enthält, bleibt er insgesamt hinter den sicherheitspolitischen Erfordernissen einer Hauptstadt zurück und verfestigt ein ungerechtfertigtes Misstrauen gegenüber unserer Polizei mit einer unnötigen, rein symbolischen Regelung. Berlin braucht keine politischen Botschaften im Gesetz, sondern praktikable Befugnisse für die Polizei und eine konsequente Gefahrenabwehr.

Die vorgelegten Änderungen schließen bestehende Lücken, beseitigen rechtlich überflüssige Regelungen und stärken die Handlungsmöglichkeiten der Polizei – ohne den Rahmen der Verfassung zu überschreiten:

1. Streichung des unnötigen und rein deklaratorischen Absatzes 3 des § 12 ASOG.
2. Wiedereinführung der sogenannten Schleierfahndung zur Bekämpfung mobiler und grenzüberschreitender Kriminalität.
3. Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams auf bis zu 30 Tage.

Zu den Änderungen im Einzelnen:

Zu Nummer 1 (§ 12 Abs. 3 ASOG)

Die vorgeschlagene Streichung des § 12 Absatz 3 ASOG dient der Wahrung der Rechtsklarheit und der Vermeidung unnötiger, deklaratorischer Normen. Bereits die verfassungsrechtlichen Vorgaben aus Artikel 3 Absatz 1 und Absatz 3 GG sowie aus Artikel 10 Absatz 2 der Verfassung von Berlin (VvB) verpflichten die Polizei, in Ausübung ihrer Befugnisse diskriminierungsfrei und ausschließlich nach sachlichen Kriterien zu handeln. Diese Verpflichtung ist weiter durch § 11 ASOG (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit) konkretisiert. Ein weiterer gesetzlicher Hinweis auf das Diskriminierungsverbot entfaltet daher keine eigenständige Rechtswirkung. Er könnte vielmehr den rechtlich unzutreffenden Eindruck erwecken, die Polizei habe bislang keine hinreichende Verpflichtung zu diskriminierungsfreiem Handeln. Symbolische Gesetzgebung ist der Gesetzestechnik fremd und beeinträchtigt die Normklarheit, weil sie suggeriert, bestimmte Gruppen würden künftig

besonderen Schutz erst durch den Gesetzgeber, nicht bereits durch die Verfassung, erhalten. Die Streichung des Absatzes 3 berührt die verfassungsrechtliche Bindung an Artikel 3 GG und Artikel 10 Absatz 2 VvB selbstverständlich nicht; diese gelten unabhängig von einfach-gesetzlichen Wiederholungen.

Zu Nummer 2 (§ 18 Absatz 9 (neu) – Schleierfahndung)

Nach dem Wegfall der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen führte der Freistaat Bayern 1995 als erstes Bundesland verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen ein. In der Folgezeit haben fast alle Bundesländer Ermächtigungsgrundlagen für diese so genannte Schleierfahndung in ihren Polizeigesetzen verankert. Obwohl Berlin ein Hotspot irregulärer Migration ist, wurde die 1999 von der CDU/SPD-Koalition eingeführte Schleierfahndung im Jahr 2004 von der rot-roten Landesregierung wieder abgeschafft. Mit der Wiedereinführung der sogenannten Schleierfahndung wird eine rechtliche Grundlage für verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen in Berlin geschaffen.

Die Schleierfahndung ist ein Instrument der präventiven Gefahrenabwehr und dient insbesondere der Bekämpfung grenzüberschreitender und mobiler Kriminalität (Drogen-, Waffen-, Schleuser- und Eigentumskriminalität). Durch lageabhängige Kontrollen an Verkehrsknotenpunkten, Bahnhöfen und anderen Orten kann die Polizei frühzeitig Tatverdächtige identifizieren und Straftaten verhindern. Rechtsdogmatisch handelt es sich um eine Gefahrenvorsorgebefugnis, die keiner konkreten Gefahr im Einzelfall bedarf, aber durch hinreichend bestimmte Tatbestände und örtliche Eingrenzungen dem Bestimmtheits- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz genügt. Die Anordnung hat daher insbesondere bestimmte Örtlichkeiten und Bereiche zu nennen, in denen aufgrund kriminalistischer Lagebilder vermehrt mit grenzüberschreitender oder mobiler Kriminalität zu rechnen ist. Die Regelung erlaubt das Anhalten, Befragen, Überprüfen von Ausweispapieren und die Inaugenscheinnahme mitgeführter Sachen von Personen. Eine Durchsuchung der Person wird nicht ermöglicht.

Der Verzicht auf ein zusätzliches Instrument der Gefahrenabwehr für die Polizei Berlin ist vor dem Hintergrund steigender Kriminalität und anhaltender irregulärer Migration nicht mehr vertretbar.

Zu Nummer 3 (§ 33 Absatz 2 Satz 3 ASOG - Dauer des Unterbindungsgewahrsams)

Die Möglichkeit des Unterbindungsgewahrsams ist in allen Polizeigesetzen der Bundesländer verankert. Lediglich die zulässige Dauer des Gewahrsams variiert zwischen den einzelnen Bundesländern. Eine Ausweitung der zulässigen Höchstdauer soll gewährleisten, dass die Polizei in einem breiten Spektrum von Situationen und Sachverhalten angemessen und wirksam handeln kann. Die aktuelle Höchstdauer von nicht mehr als 5 Tagen bzw. nicht mehr als 7 Tagen bei bevorstehenden terroristischen Straftaten ist aus unserer Sicht nicht ausreichend, um auf alle denkbaren Situationen und Sachverhalte angemessen reagieren zu können. Das Bundesland Bayern hat die weitgehendste Regelung. Die Gewahrsamsdauer darf jeweils nicht mehr als einen Monat betragen und kann insgesamt nur bis zu einer Gesamtdauer von zwei Monaten verlängert werden. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat diese Dauer als verfassungsgemäß bestätigt (vgl. VerfGH Bayern, Entscheidung vom 14.06.2023 – Vf. 15-VII-18).

Eine Ausweitung der zulässigen Höchstdauer ist verfassungsrechtlich zulässig. Sie gilt selbstverständlich nur im Rahmen einer richterlichen Anordnung im Einzelfall. Die Höchstdauer stellt lediglich den äußeren Rahmen dar, der im Einzelfall einer strengen Verhältnismäßigkeitsprüfung durch das Gericht unterliegt. Wo Gefahren für Leib, Leben und bedeutende Rechtsgüter bestehen, muss der Rechtsstaat angemessene Handlungsmöglichkeiten haben. Dies stellt die Änderung sicher.

Berlin, 2. Dezember 2025

Dr. Brinker Wiedenhaupt Weiß
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion